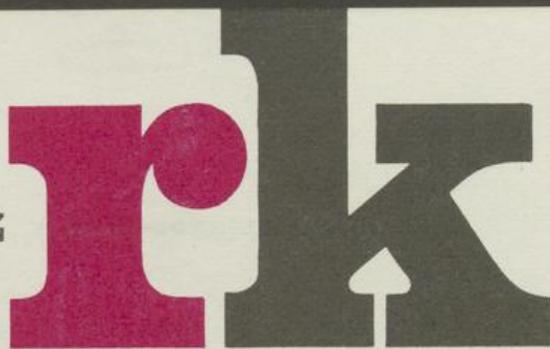


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Donnerstag, 4. Dezember 1980

Blatt 3433

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen"
(violett)

Kommunal:
(rosa)

Niedrigere Randsteine für Behinderte
Umweltschutz in Stadterneuerungsgebieten
Medizinisch-wirtschaftlicher Fonds
Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters
Fünf Schilling pro Tag für den Aufzug
Steinhofgründe: Nur 16% dürfen verbaut werden
Kurt Stimmer - Professor

Lokal:
(orange)

Ausstellung Vorschulklassen
Heuer schon 20.000 Feuerwehreinsätze

Kultur:
(gelb)

"Paimanns Filmlisten" erscheint in Buchform

Nur

über FS: 4.12. Wien: Großaufgebot zur Schneeräumung
Sperrung des Handelskais
Schneereinigung jetzt in Nebenstraßen
Beim Schnapsbrennen schwer verletzt

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (1)

Utl.: Schutzzonen-Paragraph soll den Intentionen des Gesetzgebers entsprechen

=++++

22 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Der Schutzzonen-Paragraph 85 Abs. 5 der Wiener Bauordnung soll in einer Weise geändert werden, daß er den seinerzeitigen Intentionen des Gesetzgebers inhaltlich entspricht. Das bedeutet, daß qualitätvolle Neubauten in Schutzzonen errichtet werden können, die sich in der Formensprache unserer Zeit artikulieren und nicht zwingend allein aus historisierenden Elementen gestaltet werden dürfen. Eine entsprechende Änderung der Wiener Bauordnung soll vorbereitet werden. Das ist das Ergebnis einer Enquete, die Mittwoch im Rathaus unter dem Titel "Bauen in historischen Stadtteilen" stattfand. Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER und Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK hatten dazu eingeladen.#

Wurzer verwies einleitend darauf, daß es besonders schwierig ist, in Bereichen Neues zu schaffen, in denen bereits der Bestand sehr wertvoll ist. Er vertrat jedoch die Ansicht, daß auch heute historisch wertvolle Bauten das Werk von Architekten aus ihrer Zeit sind. Unter diesem Aspekt muß es auch möglich sein, daß sie sich heute ebenfalls in der Formensprache ihrer Zeit artikulieren.

(Forts.) and/and

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (2)

=++++

23 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Peter BREITLING vom Institut für Städtebau an der Technischen Universität Graz referierte über das Thema "Funktion und Bedeutung historischer Stadtkerne". Er stellte unter anderem fest, daß die Bedeutung des Stadtkerns stets zu einem starken Entwicklungsdruck führte, der sich jedoch auch unter günstigsten Umständen nicht ungehemmt entfalten könnte. Historische Ortskerne sind auch, so Breitling weiter, nicht nur Konzentrationen wertvollen Kulturgutes, sondern auch Orte besonders hoher Lebensqualität. Dies hängt mit der Funktion der Stadt als geschichtliches Zeugnis zusammen, in der eine zu rasche Verschiebung von alt zu neu besonders stark bemerkt wird. Breitling sieht es als wesentliches Kennzeichen aller Altstadtsatzungen und Altstadterhaltungsgesetze, eine starke Priorität für den Zusammenhang, für Struktur und Erscheinungsbild ganzer Straßenzüge und Viertel zu setzen, während bei den Denkmalschutzgesetzen das Hauptgewicht auf dem Einzelobjekt liegt. "Allerdings geht wohl keine Norm so weit, wie der Paragraph 85 der Wiener Bauordnung, der im Schutzgebiet 'stilgerechtes'-Bauen fordert", sagte er wörtlich und führte weiter aus, daß damit eigentlich nur maßstabsgerechtes Bauen gemeint sein kann. Der Ruf nach Einfügung dürfe nicht "überzogen" werden. Nur in sehr seltenen Fällen sei es gerechtfertigt, eine Angleichung an Nachbargebäude mit ebenso hohen Geschossen zu verlangen. Qualität dürfe nicht verordnet werden, und ein Kompromiß sei ein lebensnotweniges Werkzeug jeder Schutzpolitik. (Forts.) and/bs

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (3)

=++++

24 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Daß die Diskussion auf der Ebene "konservativ-modern" oder "traditionalistisch-progressiv zu keinen Ergebnissen führt, deponierte Prof. Mag. arch. Friedrich ACHLEITNER von der Akademie der bildenden Künste in Wien, der über "Neues Bauen in historischen Stadtteilen" sprach. Es sei falsch zu glauben, daß man eine künstlerische Entwicklung durch eine Bindung an historische Stile stoppen kann. "So anmaßend war bisher keine Zeit, daß sie ihren gegenwärtigen Zustand für alle Zeit als sakrosant erklärte und keine Änderungen mehr duldete", sagte Achleitner wörtlich. Gerade Schutzzonen dürften nicht auf eine stilistische Norm fixiert werden, durch eigene Kopien langsam entwertet und zu historischen Surrogaten gemacht werden. Es müssen ein Gesetzestext gefunden werden, der nicht auf jeden Fall gute Lösungen verhindert.

Der Denkmalpfleger könne als goldene Regel postulieren, daß im Sinne eines Ensembleschutzes auf jeden Fall Bewahren einem Erneuern vorzuziehen ist, führte der Präsident des Bundesdenkmalamtes Dr. Erwin THALHAMMER in seinem Beitrag unter dem Titel "Probleme des Ensembleschutzes" aus. Es sei jedoch sehr schwierig zu entscheiden, was für ein Ensemble gut, was nachteilig ist. Der überlieferten Architektur wird durch den Ensembleschutz ein qualifizierter Rang gegeben, künftige Architektur muß sich diesen Rang erst erwerben. Doch auch Neues, dem wir heute vielleicht mit großer Skepsis begegnen, wird allmählich zum Denkmal werden.

Die Architekten wollen nicht eine Aufhebung des Paragraph 85, Abs. 5, sondern eine Modifizierung, sie wollen nicht unter dem Zwang stehen, historisierend stilgerecht zu bauen, und sie wollen auch nicht ungehemmten Abbruch das Wort reden, deponierte Präsident Architekt Baurat h.c. Dipl.-Ing. Friedrich ROLLWAGEN von der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland. (Forts.)
and/gg

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (4)

Utl.: Krasser: Gesetzgeber wollte Angleichung an Bestand, ohne neue
Ideen zu verhindern

=++++

25 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) GR Dr. Hannes KRASSER (ÖVP),
der die neue Bauordnung 1976 als zuständiger Stadtrat in den Wiener
Landtag eingebracht hatte, verwies darauf, daß man mit diesem Gesetz
zwar gegen Bausünden auftreten, jedoch nicht neue architektonische
Ideen in Schutzzonen verhindern wollte. Es müsse die Möglichkeit
gegeben sein, stilgerecht zu bauen, ein Architekt soll jedoch auch
die Möglichkeit haben, Elemente der Umgebung in variiert Form in
seinem Projekt zu verwenden. Niemand wollte damals die Architekten
zum Historismus zwingen. Er sei gegen eine Änderung des Textes des
§ 85 Abs. 5, die Bestimmung müsse ihrem Geist entsprechend großzügig
ausgelegt werden.

Der Bezirksvorsteher der Wiener Innenstadt, die als Ganzes zur
Schutzzone erklärt ist, techn.Rat Ing. Heinrich A. HEINZ sagte,
diese Gesetzesstelle sei der Wunsch der Wiener Bevölkerung gewesen,
für die man damit einen legislativen Riegel gegen Bauspekulationen
vorschoben wollte. Die Wiener Innenstadt solle als Stadtmonument in
ihrem Erscheinungsbild erhalten bleiben, neue Gebäude würden das
Ensemble stören. Würde eine Änderung dieser Gesetzesstelle
beabsichtigt sein, solle ein Volksbegehren die Initiative dazu
setzen.

Ingenieurkammer-Präsident Rollwagen betonte, daß die
Bestimmungen des Schutzzonen-Paragraphen nichts mit Abbruch und
Bauspekulation zu tun haben. (Forts.) and/bs

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (5)

=++++

26 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Mit einer Anpassung im Baustil - die im übrigen nicht durchführbar ist - könne keine Qualität garantiert werden. Es sei - mit wenigen Ausnahmen - nicht notwendig, "historisierend" zu bauen, meinte Architekt MACHATSCHEK. Prof. HEISS schlug vor, das Wort "Stil" durch "Maßstab" zu ersetzen.

Kulturstadtrat Prof. Dr. ZILK trat energisch dagegen auf, dieses Thema zu skandalisieren und zu neurotisieren, wie dies vom Bezirksvorsther der Inneren Stadt immer wieder versucht werde. Es gehe keinesfalls darum, die Stadt zu demolieren, wenn die Schutzzonen-Bestimmung modifiziert werde, und er, Zilk, legte ein deutliches Bekenntnis zum Denkmalschutz in Wien ab.

Univ. Prof. Dr. FILLITZ, einer der besten Kenner des Historismus, fragte ob Loos sein Haus heute unter diesen Voraussetzungen bauen könnte. Die Innenstadt sei ein Lebenskörper, und "wir können den Historismus nicht auf 1980 übertragen, aus Angst davor, daß ein neues Gebäude entsteht", sagte Fillitz wörtlich und weiter: "Daß es so viele schlechte Gebäude in der Innenstadt gibt, liegt daran, daß man den Architekten so viele Fußfesseln anlegt". Gemeinderat Franz ROSENBERGER (SPÖ), Vorsitzender des Planungsausschusses, vertrat die Ansicht, die geltende Bauordnung sei kein Jahrhundertwerk, sie müsse vielmehr der Entwicklung Rechnung tragen. Er bekenne sich zur Erhaltung von Erhaltenswertem, wir dürften jedoch nicht vergessen, daß wir Kinder unserer Zeit sind. (Forts.) and/sr

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" (6)

Utl.: Im Gesetz darf kein Spielraum für Auslegung sein

=++++

27 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Man müsse den Vorwürfen, bei einer Änderung des Schutzzonen-Paragraphen drohe die Gefahr, wertvolle Substanz der Stadt solle abgerissen werden, massiv entgegentreten, sagte Univ.-Prof. Dr. BREITLING in seinem Schlußwort. Zu einem Vorschlag von Arch. Gsteu, neue Formen auch für den Neubau auf dem Schwarzenbergplatz zu suchen, erwiderte Breitling, er sei gerade hier eher für eine Rekonstruktion der ehemaligen Ferstel-Fassade.

Prof. Achleitner vertrat die Ansicht, ein guter Architekt entspreche mit seinen Planungen den Vorstellungen der Bevölkerung seiner Zeit. Die Wiederherstellung des Schwarzenbergplatzes sei im Ensemble der Ringstraße eine kulturelle Pflicht. Wenn ein Neubau "stilgerecht" errichtet werden solle - auf welchen Stil bezieht sich diese Forderung gerade im Stilkonglomerat der Inneren Stadt? Dieser Auftrag sei also nicht vollziehbar. Die Bauordnung sollte eher eine Anpassung in Technologie, Bauhöhe und Dimensionen verlangen.

Es darf kein Raum für eine freie Auslegung der Schutzzonen-Bestimmungen gelassen werden, die Gesetzesformulierung muß eindeutig sein, verlangte Präsident THALHAMMER. Ansonsten bestehe die Gefahr, daß sie eines Tages fälschlich ausgelegt wird. Internationale Grundsätze lehnen Rekonstruktionen als historische Unwahrheit ab, die nur dort akzeptiert werden könne, wo sie Teil eines Ganzen sei. Er warnte davor, daß einmal eine "Geschmacksbehörde" installiert werden könnte.

Planungsstadtrat WURZER sagte abschließend, die Zukunft müsse über die Qualität der heutigen Neubauten entscheiden. Man dürfe den Architekten keine kleinlichen Vorschriften machen, die nicht den Intentionen des Gesetzgebers entsprechen. Diese Bestimmung solle daher überdacht werden. (Schluß) and/gg

Niedrigere Randsteine für Behinderte

=++++

1 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Um den Bedürfnissen der Behinderten mehr als bisher Rechnung zu tragen, dürfen Randsteine im Bereich von Fußgängerübergängen in Zukunft nicht höher als 6 cm, nach Möglichkeit aber nicht höher als 3 cm sein. Die Mindesthöhe beträgt 2 cm. Allfällige Absenkungen des Gehsteiges (Mulden) dürfen ein maximales Quergefälle von sechs Prozent und ein maximales Längsgefälle (parallel zum Randstein) von zehn Prozent aufweisen. Dies wurde von der Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) im Auftrag von Stadtrat Heinz NITTEL festgelegt.#

Eine entsprechende Regelung wird sowohl in die ÖNORM als auch in die in Ausarbeitung befindliche neue Gehsteigverordnung eingebaut.

Solche Gehsteigabsenkungen sollen bei Straßenkreuzungen und -einmündungen sowie bei gekennzeichneten Fußgeherübergängen angeordnet werden. Diese Neuregelung wird bei sämtlichen Neu- und Umbauten sowie - falls wirtschaftlich vertretbar - bei Ausbesserungsarbeiten im Fahrbahnbereich und bei Arbeiten zur Wiederherstellung des Straßenbelages nach Aufgrabungen zum Tragen kommen. Sie gilt ab sofort. (Schluß) ger/sr

NNNN

Umweltschutz in Stadterneuerungsgebieten

Utl.: Umweltschutzstudie in Wilhelmsdorf

=++++

2 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) "Die Verbesserung der Umweltbedingungen ist ein wichtiger Beitrag zur Stadterneuerung. Für das Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf in Meidling wird daher nun im Auftrag der Umweltschutzabteilung eine genaue Studie erarbeitet, die Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung und zur Umweltverbesserung finden soll." Das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Die von Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dorfwirth durchgeführte Studie soll Abgas- und Schallbelastung durch den jetzt vorhandenen Verkehr im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf zeigen. Ein- und Ausfahrten sowie Parkdauer der PKW werden außerdem ebenso registriert wie der in Wilhelmsdorf entstehende "unnötige" Verkehr, der z.B. durch häufiges Kreisen auf der Suche nach einem Parkplatz entsteht.#

Die so erhobenen Daten werden Grundlagen für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sein - Schaffung von Schrägparkzonen an geeigneten Stellen usw. - wobei auf eine möglichst geringe Belästigung der Anrainer durch Lärm und Schadstoffe Rücksicht genommen werden soll. Die Durchführung der Studie "Verkehrsberuhigung und Umweltschutz" wurde vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit genehmigt.

Die Wilhelmsdorf-Untersuchung ist jedoch nicht das einzige Projekt, das von der Umweltschutzabteilung in Stadterneuerungsgebieten durchgeführt wird. Eine weitere Studie beschäftigt sich - auf der Grundlage der Umwelterhebung 1973 - mit Umweltbelastungen in Sanierungsgebieten. Um die ermittelten Umweltbelastungen in Sanierungsgebieten. Um die ermittelten Stadterneuerungsgebiete z.B. bei besonderer Belastung durch den Hausbrand die Umstellung auf Gasheizungen, die Absiedlung von Betrieben, Verkehrs- oder Lärmschutzmaßnahmen empfohlen werden. (Schluß) hs/bs

Ausstellung Vorschulklassen

=++++

3 Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, 7, Burggasse 14 - 16, findet bis 13. Dezember eine Ausstellung der Wiener Vorschulklassen statt, die Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr geöffnet ist.

Vorschulklassen werden alljährlich für jene Kinder eingerichtet, die vom Schulbesuch wegen mangelnder Schulreife zurückgestellt werden müssen sowie für jene Kinder, deren vorzeitige Aufnahme in die Volksschule aus dem gleichen Grunde widerrufen werden muß. Die Ursachen für mangelnde Schulreife sind zumeist nicht ausreichende Konzentrationsfähigkeit, größere Sprachrückstände, fehlende Sicherheit im Auffassen und Darstellen kleinerer Mengen sowie noch zu gering entwickelte soziale Anpassungsfähigkeit.

Im heurigen Schuljahr wurden in Wien 98 Vorschulklassen eingerichtet, in denen die Kinder durch besonders ausgebildete Lehrer in kleineren Gruppen betreut werden. Diese spezielle Förderung erfolgt in lustbetonter Form, vor allem durch Sprech- und Zählübungen, Bewegungsspiele, rhythmische Übungen, täglichen Turnunterricht sowie durch Basteln und Gestalten mit verschiedenem Material. Dadurch sind die meisten Kinder imstande, innerhalb eines Jahres die vorhandenen Rückstände aufzuholen und die Schulreife zu erlangen.

Eltern, die Einblicke in die Arbeit in den Vorschulklassen gewinnen wollen, sind herzlich eingeladen, diese Ausstellung zu besuchen. Dort anwesende Vorschulklassenlehrer stehen den Eltern für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) red/gg

NNNN

Medizinisch-wissenschaftlicher Fonds

Utl.: Förderungsmittel überreicht

=++++

6 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rathaus wurden Mittwoch abend die Förderungsmittel des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1980 überreicht. Aufgabe des auf Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ vor zwei Jahren geschaffenen Fonds ist es, die wissenschaftliche Tätigkeit und Forschungsarbeit von Wiener Ärzten zu fördern. Insgesamt wurden Förderungsmittel in der Höhe von 5,8 Millionen Schilling für 13 medizinisch-wirtschaftliche Projekte vergeben. Bürgermeister Gratz, der die Übergabe vornahm, unterstrich dabei die Bedeutung dieses Fonds für die Förderung, Publikation und Dokumentation der auf wissenschaftlichem Gebiet vollbrachten Leistungen der Wiener Ärzte. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Fonds, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es sich bei den geförderten Anträgen um Arbeiten handelt, die sich auf fast alle Gebiete der Medizin, beginnend bei der schmerzlosen Geburt, bis zu den unterschiedlichsten medizinischen Fragen, erstrecken. Die bewilligten Anträge kommen sowohl von niedergelassenen Ärzten als auch von Ärzten privater und öffentlicher Spitäler sowie den Universitätskliniken. Seit Gründung des Fonds im Jahre 1978 wurden bisher 60 medizinisch-wissenschaftliche Forschungsvorhaben im Gesamtausmaß von 18,9 Millionen Schilling gefördert. (Schluß) zi/bs

NNNN

4. Dezember 1980

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3444

Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

7 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Wir erinnern daran, daß am kommenden Dienstag, dem 9. Dezember, wegen der Budgetdebatte des Gemeinderates kein Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters stattfindet. Das nächste Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ ist für Dienstag, den 16. Dezember um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes angesetzt. (Schluß) sti/sr

NNNN

Fünf Schilling pro Tag für den Aufzug

=++++

9 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. Dezember 1980 wurden die Aufzugsgebühren in einer Reihe von städtischen Wohnhäusern erhöht. Wie Wohnen-Stadtrat Johann HATZL der Rathauskorrespondenz mitteilte, wird für den Aufzug nun durchschnittlich 2,50 Schilling pro Quadratmeter für jede Wohnung (bisher 70 Groschen) berechnet. Bei einer 60 Quadratmeter großen Wohnung beträgt die Aufzugsgebühr nun etwa 150 Schilling im Monat, oder fünf Schilling pro Tag für jede Wohnung.#

"Für die Stadt Wien gab es zwingende Gründe, diese Erhöhung durchzuführen", sagte der Wohnen-Stadtrat. Die Aufzugsgebühr, die bisher mit 70 Groschen pro Quadratmeter festgesetzt war, ist seit Jahren gleichgeblieben. Erhöht haben sich jedoch in manchen städtischen Wohnhausanlagen die Betriebskosten, die Instandsetzungskosten und die Wartungskosten. Die Schere zwischen den Einnahmen und den tatsächlichen Kosten klaffte immer weiter auseinander und mußte vorläufig aus Budgetmitteln bezahlt werden. Da jedoch grundsätzlich jeder Mieter für die Betriebskosten aufzukommen hat, sei nicht einzusehen, daß für die Mieter von Gemeindewohnungen Betriebskosten aus den allgemeinen Steuermitteln beglichen werden sollen. Damit es zu keinen unsozialen Härten für die betroffenen Mieter kommt, gibt es keine sofortige Nachforderung des Gesamtbetrages. Die Nachzahlung der bisher entstandenen Kosten wird über einen Zeitraum von drei Jahren aufgeteilt. (Schluß) ba/bs

NNNN

Heuer schon 20.000 Feuerwehreinsätze

=++++

10 #Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Donnerstag gegen 9 Uhr früh registrierte die Wiener Feuerwehr ihren 20.000sten Einsatz im heurigen Jahr. Er galt einem Zimmerbrand in der Fröbelgasse 4, in Ottakring, der in kurzer Zeit gelöscht war. Der 20.000ste Einsatz am 4. Dezember 1980 bedeutet eine Steigerung von 700 Ausfahrten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bis Ende des Jahres erwartet man bei einer Hochrechnung eine Einsatzzahl von etwa 21.400.# (Schluß) ka/sr

NNNN

"Paimanns Filmlisten" erscheinen in Buchform

=++++

11 #Wien, 4.12. (RK-KULTUR) "Paimanns Filmlisten" werden in Buchform neu herausgegeben. Die "Filmlisten" dokumentieren alle von 1916 bis 1965 in Österreich gelaufenen Spiel- und Dokumentarfilme. Mit der Neuauflage wird filmwissenschaftlich interessierten Stellen zuverlässiges Material über rund 30.000 Filme zugänglich gemacht. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag eine Subvention von 110.000 Schilling für dieses Unternehmen.#

Unter der Bezeichnung "Paimanns Filmlisten" wurde seit 1916, zunächst von ihrem Begründer Franz Paimann, ab 1920 von dessen Schwiegersohn Joseph E. Bernhard ein Dokumentationsarchiv aller in Österreich gelaufenen abendfüllenden Spiel- und Dokumentarfilme angelegt. Stab und Besetzung der Filme sind in den "Filmlisten" ebenso enthalten wie der Inhalt der Filme und Kritiken. 1965 gab Bernhard die Arbeit aus Altersgründen auf.

Das von der Stadt Wien erworbene Archiv wurde dem Filmarchiv zur Verantwortung übergeben. In Zusammenarbeit mit Filmhistorikern und -publizisten wird nun das gesamte Material aufgearbeitet und in Buchform herausgegeben. Die Arbeit ist vor allem für Bibliotheken, Fachinstitute und TV-Anstalten von großer Bedeutung. (Schluß) gab/bs

NNNN

Steinofgründe: Nur 16 Prozent dürfen bebaut werden

=++++

13 #Wien, . 4.12. (RK-KOMMUNAL) Nur 16 Prozent der sogenannten "Steinofgründe" dürfen bebaut werden, rund 206.000 Quadratmeter stehen der Bevölkerung als Grünfläche zur Verfügung. Mit der vom Gemeinderat beschlossenen Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurde sowohl die bisher zulässige Gebäudehöhe als auch die Bebauungsdichte auf ein Maß reduziert, das ungefähr den Werten der angrenzenden Baulandflächen entspricht. Das bisher unzugängliche Areal wird nun geöffnet und durch ein dichtes Fußwegenetz für die Bevölkerung erschlossen. Ein eigenes Grünflächenkonzept soll die Richtlinien für die Gestaltung von Freiflächen festlegen. Planungsstadtrat Univ. Prof.Dr. Rudolf WURZER erläuterte dies im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung.#

Wie Wurzer weiter ausführte, hat der Wiener Gemeinderat am 26. Juni beschlossen, aus städtebaulichen Gründen die bestehende Baulandwidmung nicht grundsätzlich zu ändern, wohl aber die zulässige Gebäudehöhe und die Bebauungsdichte den angrenzenden Siedlungen anzupassen.

"Zweifellos könnte durch ein völliges Freihalten der Flächen der Erholungswert dieses Grundstücks noch weiter gesteigert werden, doch ist zu bedenken, daß im Interesse der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung eine Bebauung von seit Jahrzehnten vorsorglich als Bauland gewidmeten Flächen zumindest in jenem Maße ermöglicht werden sollte, als da durch eine beeinträchtigung der Umweltverhältnisse für die bewohner der umliegenden Gebiete nicht eintritt. Da alle diese Umstände in einem flächenwidmungsverfahren ordnungsgemäß geprüft und Einwände, soweit sie nach gesamtstädtischen Überlegungen berücksichtigt werden konnten, in dem vom Gemeinderat beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ihren Niederschlag fanden, würde eine neuerliche Überprüfung der städtebaulichen Situation, wie verschiedentlich gefordert, zumindest aus planerischer Sicht kein anderes Ergebnis bringen," deponierte Wurzer abschließend. (Schluß) and/bs

NNNN

Kurt Stimmer - Professor

=++++

14 #Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister und Landeshauptmann Leopold GRATZ überreichte heute, Donnerstag, seinem Pressereferenten Kurt STIMMER die Urkunde über die Verleihung des Berufstitels "Professor". Gratz hob bei dieser Gelegenheit hervor, wie sehr er die Arbeit der Journalisten anerkenne, die im Bereich der Stadt Wien arbeiten. Bei Prof. Stimmer komme noch dazu, daß er ein Fanatiker der Richtigkeit sei.#

In den fünf Jahren, die Prof. Stimmer als sein Pressereferent arbeite, sagte Gratz weiter, habe er dessen großes Wissen um die Stadt Wien schätzen gelernt. Stimmer habe eine Art sachlicher Leidenschaft gegen alles, was falsch geschrieben wird, entwickelt.

Prof. Stimmer dankte dem Bürgermeister und hob hervor, daß er in Gratz den idealen Chef gefunden habe. Er könne sich nicht vorstellen, woanders zu leben als in Wien und woanders zu arbeiten als im Rathaus.

Der Feier wohnten auch Landtagspräsident Hubert PFOCH, Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und die Amtsführenden Stadträte Franz NEKULA, Heinz NITTEL, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER und Peter SCHIEDER bei.

Prof. Stimmer hat seinen Berufstitel mit Entschliebung des Bundespräsidenten vor allem für seine Bücher erhalten, die er zusammen mit seiner Frau, Prof. Christine STIMMER-KLUSACEK, geschrieben hat. Es sind dies die Dokumente zur österreichischen Zeitgeschichte und mehrere Wiener Bezirksbücher. (Schluß) pr/gg

NNNN